Épreuve d'admission du concours droit-économie 2026

--

Épreuve orale d'ALLEMAND

Sujet n° 1

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Deutschlands Flirt mit Indien

Nach Christoph Hasselbach, Deutsche Welle, 11.01.2026

Nach einem Besuch von Außenminister Johann Wadephul im Herbst steht jetzt die zweitägige Reise von Kanzler Friedrich Merz nach Indien an. Premierminister Narendra Modi wird Merz am Montag in seinem Heimatbundesstaat Gujarat empfangen. Anschließend wird Merz nach Bangalore weiterreisen und dort auch deutsche Unternehmen besuchen. Begleitet wird der Kanzler von einer Wirtschaftsdelegation, was die Bedeutung des Besuchs noch unterstreicht.

Das verstärkte deutsche Interesse am bevölkerungsreichsten Land der Erde hat wirtschaftliche und geopolitische Gründe: Die indische Wirtschaft soll nach Prognosen der Weltbank und der Industrieländerorganisation OECD in diesem Jahr um mehr als sechs Prozent wachsen, noch deutlich vor der chinesischen, der gut vier Prozent zugetraut werden. Deutschland dagegen steckt seit drei Jahren in einer Rezession.

Außerdem sucht Deutschland händeringend[1] Fachkräfte - und findet sie zunehmend in Indien. Inzwischen stellen Inder auch die größte Gruppe ausländischer Studenten an deutschen Universitäten. "Indien hat seine Stärken vor allem im Dienstleistungsbereich", sagt Christian Wagner, Indien-Experte der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik. "Indien gilt ja als Büro der Weltwirtschaft. China gilt hingegen eher als Fabrik der Weltwirtschaft." Und die indischen Studierenden, die zu uns kommen, belegen mehrheitlich natur- und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge."

Der Handelsaustausch Deutschlands mit Indien ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Laut der bundeseigenen Marketingagentur Germany Trade and Invest betrug er 2024 (für 2025 liegen noch keine Zahlen vor) rund 29 Milliarden Euro und wächst weiter. Doch das ist nur ein Bruchteil[2] des Handels mit China, der 2024 ein Volumen von rund 246 Milliarden Euro hatte.
Das wirtschaftliche Schwergewicht China ist für Deutschland allerdings wegen Sicherheitsbedenken immer mehr zum Problemfall geworden, genauso wie der US-Handelspartner wegen der Einfuhrzölle. Russland ist es seit Beginn des Ukrainekriegs erst recht[3].

Und hier kommt Indien ins Spiel. Denn für die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, so Merz, müsse es Priorität sein, die Rohstoff- und Handelsketten zu diversifizieren. Dafür seien mehr und engere Partnerschaften nötig - zum Beispiel mit Indien. Doch auch das Verhältnis mit dem Subkontinent ist nicht frei von Problemen, gerade im Hinblick auf Russland. Deutsche Versuche, Indien auf die Seite der Staaten zu ziehen, die den russischen Einmarsch in der Ukraine verurteilen und Russland mit Sanktionen belegen, sind gescheitert. Mehr noch, Indien kauft russisches Öl, verkauft es weiter an westliche Staaten und umgeht damit die Russland-Sanktionen der EU.

Daran wird auch Merz wohl nichts ändern können, glaubt Christian Wagner. Frankreich ist es allerdings gelungen, mit Indien größere Rüstungsgeschäfte abzuschließen, und steht bei den Rüstungslieferungen an Indien inzwischen knapp hinter Russland an zweiter Stelle. Erwartet wird, dass die Regierung in Neu-Delhi in den nächsten Jahren die Streitkräfte umfassend modernisieren wird. Die Bundesregierung erhofft sich unter anderem Aufträge[4] für die Transportmaschine Airbus A400M und für U-Boote.

---

[1] händeringend : désespérément
[2] der Bruchteil (e) : la fraction, ici, la petite partie
[3] erst recht : à plus forte raison
[4] der Auftrag (¨e) : la commande

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2025

--

Épreuve orale d'ALLEMAND

Sujet n° 2

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Zuckerabgabe[1] : Soll der Staat gesüßte Getränke besteuern? Pro & Contra von zwei Kollegen

30. April 2026, von Ralf Geißler & Malte Pieper, MDR AKTUELL

Die Bundesregierung plant eine Zuckerabgabe auf gesüßte Getränke. Die ab 2028 erwarteten Einnahmen von rund 450 Millionen Euro jährlich sollen die gesetzlichen Krankenkassen entlasten.

Ralf Geißler: Eigentlich bin ich auch kein Freund neuer Steuern. Aber beim Zucker mache ich eine Ausnahme. Was die Regierung plant, ist eher zu wenig als zu viel. Sie will vor allem Limonaden mit einer Abgabe belegen – doch Zucker müsste überall besteuert werden: Bonbons, Schokolade, Kuchen und Kekse waren einmal Genussmittel. Heute gehören süße Zwischenmahlzeiten, vor allem bei Kindern, ganz selbstverständlich zum Alltag – fast so wie das Mittagessen. Und Zucker steckt längst nicht nur in Süßigkeiten: in Fertigmüslis, in Ketchup, in Fruchtjoghurt, sogar in Frischkäse.

Gegner der Zuckersteuer sagen: Der Staat soll sich aus den Essgewohnheiten der Menschen heraushalten. Aber zu viel Zucker macht krank. Und die Folgen zahlen wir alle: Kuren für Adipositas-Kranke, Insulinspritzen bei Diabetes, Zahnarztbesuche wegen Karies.

Eine Zuckersteuer kann den Konsum senken. Großbritannien zeigt, wie das funktioniert: Dort haben viele Hersteller den Zuckeranteil ihrer Produkte reduziert, weil die Steuer sie dazu gedrängt hat. Vielen fehlt danach nichts. Zucker ist Gewöhnungssache. Oft merkt man erst, wie übersüßt ein Frühstücksmüsli ist, wenn man ein paar Wochen darauf verzichtet hat.

Mit einer Zuckerabgabe kann der Staat Einnahmen erzielen, die den Krankenkassen dringend fehlen – und zugleich den überhöhten Zuckerkonsum senken. Deshalb frage ich mich nicht, warum die Zuckerabgabe kommt, sondern warum die Regierung bis 2028 braucht, um sie einzuführen.

Malte Pieper: Welche Entscheidung will uns der fürsorgliche Staat denn als nächstes abnehmen und — vermeintlich[2] wohlmeinend — in unser Alltagsleben eingreifen?

Nach Rauchen für eine bessere Terrorbekämpfung vor 25 Jahren, Autofahren für die deutsche Einheit oder dem Klassiker "Sekt trinken für den Aufbau der kaiserlichen Kriegsflotte". Das wurde alles bereits als Argument vorgebracht, um die Erhöhung von Steuern zu begründen. Mit gut klingenden Etiketten, gegen die doch eigentlich niemand etwas haben kann. So auch jetzt: Eine Zuckerabgabe, damit unsere Kinder nicht mehr so dick werden.

Klingt alles toll — glaubt man den allermeisten Studien ist das aber nicht wahrscheinlich. Die TU Dresden brachte es vor zwei Jahren in einer Zusammenfassung so auf den Punkt: "Studien zeigen, dass Preissteigerungen durch Zuckersteuern (...) zu einem verringerten Konsum führen. Die tatsächlichen Auswirkungen auf die Gesundheit (lassen) sich (hingegen) kaum nachweisen."

Mal ehrlich: Wir alle wissen, dass es weder gut, noch förderlich ist, drei Liter Cola am Tag in sich hineinzuschütten. Weder für den Blutzucker noch für die Zähne. Und doch tun es Menschen. So wie viele Ski fahren, an Felswänden hochklettern, Fußball spielen oder Reiten. Alles Sportarten, die zu schwersten Verletzungen und immensen Ausgaben der Krankenkassen führen.

Was kommt also als nächstes: Eine Risikoabgabe auf den Loipen[3] dieser Republik? Eine Vervierfachung des Preises für eine Schachtel Zigaretten, für alle, die es immer noch nicht lassen wollen? Danke: Nein! Der Staat ist nicht für alles zuständig!

---

[1] Die Abgabe (ici) : la taxe

[2] Vermeintlich wohlmeinend : en prétendant que c'est pour notre bien

[3] Die Loipen = les pistes de ski de fond

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2026

--

Épreuve orale d'ALLEMAND

Sujet n 3

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Kanzlerbesuch beim DGB: Mit Pfiffen gegen erzieherische Ratschläge

TAZ - Von Cem-Odos Güler und Anna Lehmann - 12.5.2026

Für den Kanzler gab es Buhrufe und Pfiffe, für die Arbeitsministerin mahnende Worte und demonstrativen Applausentzug: Auf dem Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbunds mühten sich erst Friedrich Merz (CDU) und dann Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) ab, die geplanten Sozialreformen den Arbeitnehmer irgendwie schmackhaft zu machen.

Doch beide Politiker drangen am Dienstag kaum zu den Delegierten durch, die wegen der geplanten Aufweichung des 8-Stunden-Tags und Merz' Äußerungen zur Rente ohnehin schon in Wallung waren[1].

Merz hüllte seine Grundaussage, dass in Krisenzeiten nun mal alle den Gürtel etwas enger schnallen[2] müssen, in eine lehrerhafte Rhetorik. „Ich erwarte eine Offenheit für Veränderungen", sagte der CDU-Chef in die zwischenzeitlich eisige Stimmung des Kongresszentrums in Berlin. Denn die Gewerkschafter sahen sehr wohl, dass Merz bei den Arbeitnehmern und Arbeitslosen den Gürtel am engsten schnallen will. „Alle werden etwas geben müssen", sagte der Kanzler, sprach dann aber vor allem Einsparungen auf der Seite der Arbeitnehmer an.

Auch Bas befand sich in ihrer Rede merklich in der Defensive; der mit der SPD eng verflochtene Gewerkschaftsbund verweigerte der Parteichefin über lange Strecken ihrer Rede den Applaus. Grund für die Stille im Saal war, dass ausgerechnet Bas den Entwurf für eine Reform präsentieren soll, mit der die Gewerkschaften um einen wichtigen Teil ihres politischen Erbes fürchten: Den hart erkämpften 8-Stunden-Tag. (…)

Doch Bas wusste es in ihrer Rede gekonnt[3], das alte Lied der Sozialdemokratie zu spielen, in der man gleichsam zerknirscht[4] wie opferbereit auf die Notwendigkeiten realpolitischer Macht verweist. „Wenn es nach der SPD und auch mir persönlich geht, würden wir das Thema Arbeitszeit gar nicht erst anfassen", sagte sie unter Applaus der DGB-Delegierten. Und dann: „Aber es steht im Koalitionsvertrag." Danach wurde es still während ihrer restlichen Redezeit.

Das macht das Spannungsfeld deutlich, in dem sich Schwarz-Rot bewegt, wenn das Bündnis am Dienstagabend erneut zu einem Koalitionsausschuss zusammenkommt. Union und SPD wollen bei dem Treffen Einigungen für ihre geplanten Sozialreformen erzielen. Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) hatte bereits am Montagabend bei dem mehrtägigen DGB-Kongress erneut Entlastungen für diejenigen gefordert, die zwischen 2.500 und 4.000 Euro verdienen. Dafür brachte er auch die Reformpläne der SPD für die Erbschaftsteuer[5] ins Spiel. „Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, dafür kämpfen wir", sagte der SPD-Co-Chef unter Applaus. (…)

Merz kündigte in seiner Rede das Versprechen des ehemaligen Bundeskanzlers Olaf Scholz von vor vier Jahren auf[6], der in der Folge des Ukrainekriegs angekündigt hatte, die Menschen mit den gestiegenen Energiepreisen und Lebenshaltungskosten nicht allein zu lassen. „Auch wenn es schwierig ist, diese Zusage war zu optimistisch", sagte Merz nun.

---

[1] In Wallung sein = wütend sein
[2] Den Gürtel enger schnallen: se serrer la ceinture
[3] Gekonnt (ici) : habilement
[4] Zerknirscht : d'un air contrit
[5] Die Erbschaftssteuer : l'impôt sur les successions
[6] Ein Versprechen auf-kündigen = ein Versprechen brechen

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2026

--

Épreuve orale d'ALLEMAND

Sujet n° 4

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Merz-Regierung plant Aus für Acht-Stunden-Tag

Von: Kai Hartwig - merkur.de - 13.05.2026

Wer in Deutschland einer Arbeit nachgeht, wird bei der Ausübung seines Jobs vom Arbeitszeitgesetz (ArbZG) geschützt. „Die werktägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer darf acht Stunden nicht überschreiten. Sie kann auf bis zu zehn Stunden nur verlängert werden, wenn innerhalb von sechs Kalendermonaten oder innerhalb von 24 Wochen im Durchschnitt acht Stunden werktäglich[1] nicht überschritten werden", heißt es in § 3 des ArbZG. Zudem gilt eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden.

Die Regierung um Friedrich Merz möchte das Gesetz allerdings reformieren, wie schon im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD festgelegt wurde. Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas will den Acht-Stunden-Tag auflockern[2]. Im Bundestag kündigte die SPD-Politikerin am 6. Mai an, einen entsprechenden Gesetzentwurf für flexiblere Arbeitszeiten schon im Juni vorzulegen, und brachte damit die Gewerkschaften auf die Barrikaden.

Hintergrund dieser Reformpläne sind die Arbeitszeitrichtlinie der EU (2003/88/EG) und ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) von 2019. Dem EuGH-Urteil zufolge müssen alle EU-Mitgliedsstaaten die Arbeitgeber in ihrem Land dazu verpflichten, ein System einzurichten, mit dem die tägliche Arbeitszeit gemessen werden kann. Nun muss die Merz-Regierung mit einem Gesetzentwurf diese Regel umsetzen. Bas betonte, gemeinsam mit der geplanten Flexibilisierung wolle sie auch die elektronische Arbeitszeiterfassung regeln, um eine Ausweitung der Arbeitszeiten zu verhindern: „Es soll ja auch nicht ausbeuterisch werden."

Dennoch regt sich Kritik an den Reformplänen der Merz-Regierung. Die Juristen Dr. Amélie Sutterer und Dr. Laurens Brandt vom Hugo-Sinzheimer-Institut für Arbeitsrecht (HSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung nannten konkrete Zahlen. Die beiden Arbeitsrechtexperten rechneten vor, was bei einer Abschaffung des Acht-Stunden-Tages und der Zehn-Stunden-Höchstarbeitszeit passieren kann. Nach Abzug der Mindestruhezeit von elf Stunden und einer Ruhepause von 45 Minuten wäre faktisch eine tägliche Höchstarbeitszeit von 12 Stunden und 15 Minuten zulässig.

Auch Gewerkschaften laufen Sturm. So befürchtet Verdi „Arbeitstage von 12 oder sogar 13 Stunden, solange der Wochendurchschnitt stimmt". Für Yasmin Fahimi, Chefin des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), ist die geplante Änderung des Arbeitszeitgesetzes ebenfalls keine gute Idee: „Beschäftigte könnten gezwungen werden, an einzelnen Tagen länger zu arbeiten. Sie hätten kaum eine Möglichkeit, sich einer Arbeitsanweisung von bis zu 13 Stunden zu widersetzen. (…)Das geltende Arbeitszeitgesetz dient aus arbeitsmedizinischer Sicht dem Schutz der Beschäftigten. Überlange Arbeitszeiten führen dagegen zu Erkrankungen, die Wirtschaft und Gesundheitssystem schwer belasten", erklärte Fahimi.

Für Guido Zeitler, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), wäre ein Ende des Acht-Stunden-Tags vor allem für Arbeitnehmer in der Süßwarenindustrie, den Bäckereibetrieben oder dem Gastgewerbe fatal. „Gerade in diesen Branchen, in denen Schichtarbeit, Personalmangel und hohe Arbeitsdichte längst Alltag sind, wäre eine Ausweitung der Arbeitszeit ein Brandbeschleuniger[3] für gesundheitliche Probleme und Fachkräfteschwund", so Guido Zeitler.

---

[1] Werktäglich : en jours ouvrables

[2] Auflockern = assouplir

[3] Ein Brandbeschleuniger (littéralement) : un accélérateur de feu, de flamme.

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2026

--

Épreuve orale d'ALLEMAND

Sujet n° 5

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Renten, Klima, Schulden: Wo bleibt die Generationengerechtigkeit?

Nach Christoph Cyrulies, ndr.de, 15.10.2025

Beim Generationendialog im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns, der alle zwei Jahre im Landtag stattfindet, geht es unter anderem um Streitthemen zwischen Jung und Alt. Wie können etwa die Sonderschulden generationengerecht verteilt werden? Wie lange sollen wir arbeiten? Oder welche Auswirkungen hat unser heutiges Verhalten auf den Klimawandel?

Besonders letztere Frage interessiert Maximilian Schröter. Der 18-Jährige aus Schwerin, der nach dem Abitur ein freiwilliges soziales Jahr absolviert, nimmt am Dialog mit den Älteren teil und empfand das Format dieses Treffens als echte Bereicherung: "Abgesehen[1] von den eigenen Großeltern hat man keinen Kontakt mit älteren Leuten. Deswegen ist es auch mal ganz gut, ihre Meinung zu hören."

Als Jung und Alt im Landtag zu diskutieren beginnen, kommt Maximilian gar nicht dazu, das Klima-Thema einzubringen. Denn ein richtig "heißes Eisen[2]" ist die Rentenfinanzierung. Wie kann die Rente zukünftig garantiert werden? Das Problem ist nicht unbeträchtlich[3], denn mittlerweile zahlen nur noch zwei Beitragszahler[4] für einen Rentner. In den 60er-Jahren waren es noch sechs Beitragszahler, die für einen Rentner aufkamen. Maximilian Schröter weiß nicht, was er noch vom Generationenvertrag erwarten kann. Wie die Rentenproblematik gelöst werden kann, daran scheiden sich in der Politik und beim Generationendialog die Geister[5].

Eine Überlegung, die bereits aus der Union geäußert wurde, ist die schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 70 Jahre. Beim Generationendialog in Schwerin kommt dieser Vorschlag ebenfalls. Das Argument der Jugendlichen: Die statistische Lebenserwartung steigt. Man solle das Renteneintrittsalter daran koppeln[6]. Bei den Senioren stößt dieser Vorschlag nicht gerade auf Gegenliebe. Allen ist klar, dass sie zur Lösung des Problems auch die Perspektive der anderen Generation berücksichtigen müssen. So sehen auch die Senioren das Problem der Jüngeren und zeigen sich grundsätzlich offen für Reformen.

Forderungen, die Jugendliche an die Politik richten, haben es schwer. Für Jörg Tremmel, Geschäftsführer der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, ist klar, warum Politik auf Jugend-Forderungen eher zögerlich[7] reagiert: "Wir haben unterschiedliche Machtverteilungen an der Wahlurne", die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1955 und 1972 seien "sehr wählerstark", so Trimmel, diese Stimmen wolle keine Partei verlieren. Ein Beteiligungsformat wie den Generationendialog sieht er als Chance, um junge Menschen in ihrem politischen Engagement zu bestärken und ihre Interessen sichtbar zu machen.

Auch wenn Fragen zur Rente, dem Klimaschutz oder der Schuldenverteilung grundsätzlich auf Bundesebene beantwortet werden, haben die Länder bei gewissen Entscheidungen ein Mitspracherecht im Bundesrat. Für eine jugendgerechte Politik in Bund und Land bleibt vor allem eins entscheidend: der politische Wille.

---

[1] abgesehen von + datif : en dehors de, à l'exception de
[2] ein heißes Eisen : un sujet brûlant, épineux, sensible
[3] unbeträchtlich : insignifiant, négligeable
[4] der Beitragszahler (-) : le contributeur, le cotisant, le contribuable
[5] die Geister scheiden sich an etw (dat) : les avis divergent sur qc. (scheidet, schied, hat geschieden)
[6] an etw (acc) koppeln : coupler, lier, associer à qc
[7] zögerlich : hésitant

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2026

--

Épreuve orale d' ALLEMAND

Sujet n° 6

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Merz, Macron und Meloni: Kompliziertes Dreiecksverhältnis

Nach Jean-Marie Magro, tageschau.de, 11.02.2026

Emmanuel Macron setzte gestern Nachmittag in Dünkirchen wieder Stilmaßstäbe, als er das Stahlwerk von ArcelorMittal besuchte: "Es lebe die Stahlindustrie, es lebe die Industrie und es lebe Frankreich!", rief er.
Am Morgen hatten einige europäische Zeitungen ein Interview mit Macron veröffentlicht. Darin setzt er einige Spitzen gegen die deutsche Bundesregierung. Seit neun Jahren trete er ein für ein souveränes Europa. Nun aber stehe die EU vor ihrer entscheidenden Krise. Von den USA hätten sich "einige" erhofft, dass sie für immer für die Sicherheit auf dem Kontinent sorgen würden. Jetzt säe der wichtigste Verbündete Zweifel[1]. Russland hätte nach den Vorstellungen "einiger" auf alle Zeit billige Energie liefern sollen. Und China, das für "einige" nur Absatzmarkt war, sei zu einem unbarmherzigen Konkurrenten mutiert. Der französische Präsident nennt niemanden namentlich.

Doch alle wissen, wer gemeint ist. Es ist eine Retourkutsche Macrons auf den italienisch-deutschen Flirt - Ende Januar besuchte der Bundeskanzler Italiens Ministerpräsidentin Meloni. Nach den Regierungskonsultationen entstanden zwei Papiere, eines davon dient als Impuls für den informellen Wettbewerbsgipfel der 27 EU-Staats- und Regierungschefs am Donnerstag.
Oft entstehen derlei Papiere aus deutsch-französischer Feder. Sowohl Berlin als auch Rom betonen nun, sie seien "die beiden wichtigsten Industrieländer Europas". Eine Formulierung, die in Paris wiederum für Bluthochdruck sorgt. Immerhin befinden sich hier immer noch große Industrieunternehmen in den Branchen Luftfahrt, Pharma und vor allem Luxus.

Das deutsch-französische Verhältnis war schon in den vergangenen Jahren oft für beide Seiten herausfordernd. Mit Friedrich Merz im Kanzleramt aber kehrte Hoffnung auf eine Besserung ein. Der neue Kanzler galt in Paris als jemand, der die deutsch-französische Achse betonte, den oft besprochenen Motor Europas wieder anwerfen sollte. Anfangs funktionierte dies gut. Berlin und Paris legten den jahrelangen Streit um die Taxonomie bei, dass also auch französische Atomkraftwerke als grüne Übergangstechnologie eingestuft werden.

Doch in den vergangenen Monaten setzte eine Trendwende ein, die nicht allein, aber auch auf deutschen Fehleinschätzungen beruht. Merz dachte im Oktober, Macron würde dem Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten zustimmen. Doch damit weit gefehlt.
Merz stieß eigenhändig an, ohne Abstimmung mit wichtigen Partnern, die eingefrorenen russischen Vermögen[2] in Belgien für die Finanzierung der Ukraine zu nutzen. Frankreich unterstützte den Vorschlag öffentlich, wenn auch verhalten[3]. Im Hintergrund bearbeitete Macron den ungarischen Premier Viktor Orban, damit dieser eine Lösung durch gemeinsame Schuldenaufnahme nicht mit einem Veto blockiert.

In den vergangenen Tagen beschwerten sich Berliner Regierungskreise darüber, dass mit Frankreich nicht mehr wirklich zu rechnen sei. Der Präsident habe das Parlament nicht auf seiner Seite und sei fast machtlos.

Grundsätzlich möchte Macron die europäische Industrie staatlich mehr fördern und schützen, weil dies auch Amerikaner und Chinesen tun. Die Bundesregierung kann sich dies nur für strategische Bereiche wie die Verteidigung vorstellen und das zeitlich begrenzt.

---

[1] Zweifel säen = semer le doute

[2] Die eingefrorenen Vermögen : les avoirs gelés

[3] verhalten (ici) : de manière modérée